

Diese Erklärung offenbart eindeutig die wirtschaftliche Abhängigkeit und die damit verbundene politische Abhängigkeit Westdeutschlands, die einer kolonialen Versklavung gleichkommt. Finanzgebaren und Haushaltsplan müssen demzufolge in Westdeutschland ungesund sein und den nationalen Interessen vollkommen zuwiderlaufen.

Lassen Sie mich dafür einige Beispiele geben!

Am 13. Oktober 1949 erklärte die westdeutsche Verwaltung für Finanzen den elf westdeutschen Finanzministern, daß alle Schätzungen über die Halbjahreseinnahmen und -ausgaben vom 1. Oktober 1949 bis 31. März 1950 illusorisch seien. Der erwartete Fehlbetrag wird sich auf 365 Millionen Mark erhöhen, vorausgesetzt, daß die veranlagten Einnahmen tatsächlich hereinkommen. Anderenfalls wird das Defizit des Haushalts noch höher sein. Allein im Haushalt des Landes Hessen zum Beispiel betrug bereits Ende des dritten Quartals der Fehlbetrag 127 Millionen Westmark.

Zu diesen beträchtlichen Lasten gesellen sich vor allem auch die täglich größer werdenden Lebensmittelsubventionen, für die Bonn in diesem Halbjahr 350 Millionen Westmark aufbringen muß. Das kommt daher, daß die Lebensmittelexporte, die über die Hälfte des Nahrungsmittelbedarfs Westdeutschlands decken müssen, zu hohen Weltmarktpreisen bezogen werden, und die Differenz zum niedrigen Inlandpreis wird durch die Lebensmittelsubventionen ausgeglichen. Auf diese Weise steigt die Schuldenlast Westdeutschlands mit jedem Tag.

Die westdeutsche Verwaltung geht in das neue Finanzjahr ab 1. April 1950 mit der ungeheuerlichen Last von 16 Milliarden Westmark Schulden!

(Hört, hört!)

Das „Spandauer Volksblatt“ bestätigt diese Summe mit der Feststellung: „Die Summe von Bund und Ländern ist heute schon höher als 1933 (dem Tiefstand der Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933). Damals waren es 14 Milliarden Mark, heute sind Bund und Länder bereits wieder mit 16 Milliarden öffentlicher Schulden belastet.“

Dabei, meine Damen und Herren, ist zu beachten, daß die Schuldenlast von 14 Milliarden Mark für das gesamte Reichsgebiet von 1933 gilt, während Westdeutschland mit seinem viel kleineren Gebiet und der geringeren Bevölkerung heute bereits 16 Milliarden Mark Schulden hat.

Zu den Lasten des westdeutschen Haushaltsplanes kommt weiter eine verderbliche Preispolitik, und in dem gleichen Zeitraum, in dem die Preise rapid anstiegen, ist der Reallohn der Arbeiter — wenn man das Jahr 1938 mit hundert ansetzt — im Jahre 1949 auf 58 und der Reallohn der Angestellten sogar auf 55 Prozent gesunken.

Es steht außer Zweifel, daß die bisher erreichten Erfolge in der Deutschen Demokratischen Republik in steigendem Maße auf die westdeutsche Bevölkerung wirken werden. Es kann also nur noch eine Frage der Zeit sein und natürlich auch eine Frage unserer verstärkten Aufklärung, wann die werktätigen Massen in Westdeutschland die Richtigkeit des Weges, der in der Deutschen Demokratischen Republik beschritten wurde, in "ollem Umfange erkennen.

Die kapitalistische Welt wird wirtschaftlich und finanziell durch die hereinbrechende Krise von Tag zu Tag schwächer. Das sehen wir ganz deutlich, wenn wir uns die Haushaltspläne der Marshall-Plan-Länder vor Augen führen. Alle Haushaltspläne der Marshall-Plan-Länder enden mit einem ungeheuren Defizit.

Das sind nur einige Beispiele. Stellen wir den Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik dem gegenüber! Wie die Präambel des Gesetzes über den Haushaltsplan 1950 zum Ausdruck bringt, ist dieser

Haushaltsplan ohne Anleihen ausgeglichen. Er zeigt nicht nur die gesteigerte Leistung unserer Volkswirtschaft, sondern legt auch offen dar, daß die Finanzen unserer Republik gesund sind und keinen störenden Einflüssen unterliegen.

So heißt es im Gesetz:

Auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik gibt es weder private Großbanken noch kapitalistische Monopole und Konzerne, die störende Einflüsse gegen die friedliche Entwicklung der Wirtschaft ausüben könnten.

Aus dem Haushaltsplan ist ersichtlich, daß die Volkswirtschaft gewachsen ist und in der zweiten Hälfte des Zweijahrplanes eine weitere Steigerung erfährt. Die Vergrößerung des Volumens des Haushaltsplanes 1950 gegenüber 1949 beweist das Tempo des Aufbaues.

Die Stabilität der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank ist durch die steigende Produktivität und den ausgeglichenen Haushalt gewährleistet.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, einige grundsätzliche Betrachtungen und Vergleiche anzustellen. Der vorliegende Haushaltsplan zeigt also erfreulicherweise genau die entgegengesetzte Entwicklung, wie sie sich im Westen Deutschlands und in den anderen marshallisierten Ländern vollzieht. In der Reihenfolge des Haushaltsplanes werde ich diese Feststellungen noch durch einige konkrete Beispiele erhärten.

Und nun grundsätzlich zum Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik für das Jahr 1950! Das gesamte Einnahme- und Ausgabevolumen des Haushalts der Republik, der Länder und der Kreise beträgt in Einnahmen und Ausgaben 17 632,5 Mill. DM.

Nun zu den Einzelplänen!

Einzelplan I, Volksvertretung: Die Ausgaben der Republik für diesen Zweck betragen insgesamt 8,2 Mill. DM. Diese Zahl läßt erkennen, daß es sich hier um die sparsamste Volksvertretung handelt, die jemals in Deutschland bestanden hat.

(Beifall)

Das Bonner Parlament gebraucht ein Vielfaches dieser Summe.

Einzelplan II, Präsident der Republik: Dafür sind 2,7 Mill. DM. verplant worden. Dieser Betrag ist unter Berücksichtigung der zahlreichen Ausgaben außerordentlich bescheiden. Der sogenannte Bundespräsident Heuß in Bonn benötigt ebenfalls ein Vielfaches an Haushaltsmitteln, und der Haushaltsausschuß hat mich beauftragt, an dieser Stelle zu sagen: wir müssen unserem verehrten Präsidenten Wilhelm Pieck zugestehen, daß er der bescheidenste Präsident ist, den Deutschland jemals gehabt hat.

(Lebhafter Beifall)

Einzelplan III, Ministerpräsident und Vertreter, Staatliche Kontrolle, Verwaltungsleitung: Einnahmen 0,9 Mill., Ausgaben 105,1 Mill. DM. Um Verwaltungsarbeit und Kosten zu sparen, sind in diesem Einzelplan 90 Prozent der sächlichen Ausgaben aller Ministerien bei dem Kapitel „Ministerpräsident“ und lediglich 10 Prozent dieser Ausgaben bei den einzelnen Ministerien verplant. Ein Betrag von 8 Mill. DM ist für die Arbeit der Nationalen⁴ Front des demokratischen Deutschland vorgesehen. Die Notwendigkeit der Einstellung dieser Summe steht wohl außer Zweifel. Für Investitionen sind für den Einzelplan III insgesamt 24,5 Mill. DM bereitgestellt worden. 3 Mill. DM für Generalreparaturen wurden darüber hinaus im Einvernehmen mit dem Ministerium für Planung bewilligt.

In diesem Einzelplan III sind auch die Einnahmen und Ausgaben für die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle und für die Oberste Staatsanwaltschaft